Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugspreis vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 b, 8–6, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Vereine oder nach Feiertagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Gewähr für die nächsttägige Aufnahme der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.
Dresden, 1890.

Unsere Annoncen-Expedition befindet sich
45 Wilsdruffer Strasse 45
(neben der Dresdner Bank und vis-à-vis Hotel goldner Engel).
Haasenstein & Vogler, A.-G., Dresden.

Erste und grösste
Masken- u. Theater-Garderobe
Max Jacobi,
Galeriestr. 2,
parterre und erste Etage.
Dominos in vorzüglicher Auswahl f. Herren und Damen. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.
Telephon 380.

Wilh. Böhme, Scheffelstr. 6,
empfiehlt sein reichhaltig sortirtes Lager in
Anzugstoffen für Confirmanden
in besten Qualitäten einer geneigten Beachtung.

Künstliche Zähne
CHR. SÖRUP ATELIER FÜR
PLOMBIRUNGEN ETC.
Korrecte Ausführungen. Mässige Preise.
26 r. Wettiner Str. 26 r.

Flanellhemden
mit vorzuknöpfenden weissen Leineneinsätzen
(gesetzlich geschützt)
Otto Wolfram Nachf., Hoflief.,
König-Johannsstrasse 2.
Illustrirte Prospecte gratis und franco.

Ball- und Gesellschafts-Handschuhe in großer Auswahl zu billigen Preisen empfiehlt
Jos. Fiechtl aus Tirol,
Schloss-Strasse 24.

Nr. 21. Spiegel: Streit um Wahlkreise. Bergarbeiterstreike. Hofnachrichten. Finanzminister von Könneritz †. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. „Robert der Teufel". | **Dienstag, 21. Januar.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Lange kann es nun nicht mehr dauern, da muß es klar sein, ob die Reichsregierung noch auf der Erledigung des Sozialistengesetzes durch den jetzigen Reichstag besteht. Am Schluß der Sonnabendsitzung war der Präsident v. Levetzow noch ohne Kenntniß der Absichten der Reichsregierung. Der Reichsregierung scheint nicht zu genügen, was sie an Abwehrmaßregeln gegen die Sozialdemokratie von dem jetzigen Reichstag erhalten kann. Kommt keine Verständigung zwischen der Reichsregierung und den sie unterstützenden Mehrheitsparteien zu Stande, so ist es allerdings besser, auf die Weiterberathung des Sozialistengesetzes zu verzichten. Das Feldgeschrei bei den bevorstehenden Wahlen braucht das Sozialistengesetz deshalb noch nicht zu bilden. Angesichts der nahen Entscheidung unterlassen wir, tiefer auf die Einzelheiten des Falles einzugehen und das Für und Wider gegen einander abzuwägen. Dringend nothwendig aber ist es, daß die Kartellparteien nun endlich den Streit über einzelne Wahlkreise einstellen. Namentlich die Hammerstein'sche Kandidatur in Bielefeld ist ein Gespinnst, dessen Zähigkeit zwar von der berühmten Leinwand dieser Stadt übertroffen wird, das aber sonst Niemandem zur Freude gereicht. Schon daß der Name des Kaisers fortwährend in diesen Parteihader mit eingesponnen wird, ist im höchsten Grade bedauerlich. Bei allen solchen Zerwürfnissen hat kein Theil ganz Recht und keiner ganz Unrecht. Darüber ist nicht wegzukommen, daß das Bielefelder Mandat dem Kreuzzeitungs-Redakteur v. Hammerstein nicht angetragen worden ist, sondern daß er sich darum beworben hat und daß alsdann einer seiner Freunde in einer vertraulichen Versammlung das Wort fallen ließ, „daß noch in der letzten Zeit die „Kr. Ztg." auf dem Tische Sr. Majestät gesehen worden sei". Diese Bemerkung sollte offenbar den Zweck verfolgen, die aufgetauchten Bedenken gegen die Hammerstein'sche Wahl zu zerstreuen. Daraus aber, daß ein Monarch eine Zeitung dann und wann liest, folgt noch keineswegs, daß er mit ihrer Haltung einverstanden sei. Der Kaiser unterrichtet sich am unmittelbarsten von dem, was in den Parteien vorgeht, durch das Lesen ihrer Hauptblätter, ohne daß man daraus schließen darf, daß er mit Dem, was er dabei zu lesen bekommt, einverstanden sei. Andererseits ist der Lärm, den nationalliberale Blätter gegen die Wiederwahl strengkonservativer Männer, wie von Kleist-Retzow und Stöcker, verführen, unverständlich. Daß man diese Männer den staatserhaltenden Parteien zuzurechnen hat, leugnen doch auch die Nationalliberalen nicht. Die Zeiten sind ernst genug, als daß man leichten Herzens auf die Thatkraft solcher Abgeordneten verzichten sollte. Schon die behagliche Geschäftigkeit, mit der die Oppositionsparteien jene Zerwürfnisse erweitern und vertiefen, sollten eine ernste Mahnung sein, die Streitaxt zu begraben. Dasselbe gilt für den Döbelner Wahlkreis. Reichsfreund gehört doch auch hier zu Reichsfreund! Gäbe es nicht den bekannten gemeinsamen Gegner, dessen Bekämpfung oberste Pflicht ist, so könnten Nationalliberale und Konservative darauf ausgehen, sich einander den oder jenen Wahlkreis abzujagen. So aber müssen sie unbedingt zurücktreten lassen, was sie trennt.

Wenn in dem belgischen Kohlenbecken von Charleroi der kaum geschlossene Friede durch einen abermaligen Streik abgelöst wird, so ist das begreiflich. Die belgischen Grubenbesitzer suchen sich um die Erfüllung ihres Versprechens, die 11stündige Schicht um 1 Stunde zu kürzen, herumzudrücken. Auf sie fällt denn auch die Verantwortlichkeit für alle Folgen eines solchen Treubruches. Ganz anders liegen aber die Verhältnisse in den westfälischen Kohlengegenden, wo es auf's Neue zu gähren beginnt. Hier sind den Bergleuten alle ihnen gemachten Zulagen seitens der Zechenbesitzer gehalten worden. Was noch in der Schwebe gelassen worden war, besonders die Einrichtung von Arbeitsämtern, sollte im Februar vereinbart werden. Auch standen in Kürze weitere Erhöhungen der jetzt schon wesentlich aufgebesserten Löhne bevor, da die niedrigen Abschlüsse, an welche die Kohlenwerke bisher gebunden waren, mittlerweile abgelaufen sind und die neueren Abschlüsse höhere Preise für Kohlen und Koke bringen. Ein steigender Gewinn aus dem Geschäfte gewährt die Mittel zu Lohnerhöhungen, und da die Werke zu letzteren bereit sind, sollte man meinen, müßten sich beide Theile über allmähliche Lohnerhöhungen nach Maßgabe des gesteigerten Geschäftsgewinnes recht wohl in Güte verständigen können. Statt dessen erhebt eine Bergarbeiterversammlung in Altenessen 5 verschiedene Forderungen, die den Bogen entschieden zu scharf anspannen. Man fordert eine Lohnerhöhung sofort um 50 Proz., Einrechnung der Ein- und Ausfahrt in die 8stündige Schichtdauer, Wegfall jeder Aufforderung zu Ueberschichten, Wegfall sämmtlicher Kohlenabzüge, zweimalige Lohnzahlung im Monat. Ein Lohnzuschlag gleich um die Hälfte der schon namhaft erhöhten Löhne geht viel zu weit; wünschenswerth wäre es, wenn die Einrechnung der Ein- und Ausfahrt so klar geordnet würde, daß diese Quelle steter Streitigkeiten endlich verstopft wäre. Dabei ist nicht zu vergessen, daß die Arbeitszeit der rheinisch-westfälischen Bergleute die kürzeste auf dem Festlande Europas ist. Mit dem Verlangen, daß niemals (nur Betriebsunfälle ausgenommen) Ueberschichten verfahren werden dürfen, wird Tausenden von Bergleuten selbst nicht gedient sein, da Ueberschichten höher bezahlt werden. Daß aber die Zechen nicht mehr darauf halten sollen dürfen, daß die Kohlenwagen richtiges Maß und reine Kohle haben, darauf werden sie nicht eingehen können. Sie sind verpflichtet, ihren Abnehmern richtiges Gemäß und die Kohle frei von Steinen zu liefern. Mit den sogen. Wagen-Nullen mag früher Mißbrauch getrieben worden sein, aber es giebt jetzt Handhaben genug, dem zu steuern. Berechtigter erscheint das Verlangen nach zweimaliger Lohnzahlung im Monate; diese lange Frist zwischen der einmonatlichen Auslöhnung hat trotz der dazwischen erfolgenden Abschlagszahlungen viele Bergleute zum Borgen veranlaßt.

Die Altenessener Versammlung war nur von 300 Bergleuten besucht; sie fand am 13. Januar statt. Sie übergab die 5 Forderungen brieflich dem Geschäftsführer der Werke, Dr. Natorp. Die Werke sollen sich bis zum 25. Januar schlüssig machen, damit die Neuforderungen am 1. Februar in Kraft treten könnten. Doch ist nicht gesagt, ob die Bergleute im Falle der Weigerung alsdann sofort streiken oder ihrer Arbeitsniederlegung die gesetzliche Kündigungsfrist vorangehen lassen wollen. Man hat nun aus dem schwachen Besuch der Altenessener Versammlung und aus dem Fehlen der Ankündigung eines neuen Streikes den Schluß gezogen, daß es jenen Bergleuten gar nicht so recht ernst mit ihren Forderungen ist. Es heißt, die Leiter der Bewegung wollten blos neue Unzufriedenheit stiften, abermals Aufregung verbreiten und für den Bergmann Schröder als Reichstagskandidaten Stimmung machen. Alles das mag wohl mitspielen; denn die Hauptmasse der Bergleute ist mit ihren namhaften Lohnerhöhungen zufrieden. Aber Niemand kann sagen, welchen Fortgang solche klein angefangene Bewegungen nehmen und ob die Macher nicht größeren Rückhalt haben, als an die Oberfläche tritt. Eine Warnung, die Forderung nicht zu weit zu treiben, hat den Bergleuten die preußische Thronrede am 15. Januar schon ertheilt. Hätten jene Macher diese Stelle der Thronrede schon am 13. gekannt, sie würden sich gehütet haben, so aufzupochen. Die Kohlenwerksbesitzer werden auf obige Forderungen nicht eingehen. Ein Kohlenaufschlag von 50 Proz. würde Kohlenpreise herbeiführen, die der gesammten Industrie unerschwinglich wären. Schon hat der Sturz der Börsentaxe der hinaufgetrieben Kohlenpapiere begonnen, deren Höhe die Bergleute zu dem irrigen Glauben verlockt hat, der Gewinn der Werke sei ebenso übertrieben hoch. Die Kohlenpapiere werden über kurz oder lang einen vernünftigen Kurs wieder erreichen und nicht mehr die Arbeiter zu Verwechselungen und Trugschlüssen verleiten. Die Kohlenwerke sind in Uebereinstimmung mit den Großindustriellen der Eisen- und anderer Fabrikationszweige entschlossen, es diesmal auf einen Streik ankommen zu lassen. Sie würden dabei die öffentliche Stimmung auf ihrer Seite haben. Die Arbeiter aber würden im Streik unterliegen. Sie sind schlecht berathen, wenn sie fortwährend neue und unerfüllbare Forderungen erheben. Es ist leicht, ihnen solche Dinge in den Kopf zu setzen und sie durch Schmeichelworte zu der Meinung zu verführen, Alles durchsetzen zu können. Es giebt aber in Allem eine Grenze, so auch hier.

Die angekündigte Anfrage wegen der auswärtigen Politik Frankreichs unterbleibt gänzlich; sogar die Boulangisten haben die Absicht aufgegeben. Interessant ist, daß im französischen Ministerrathe zwei Minister sich einer partiellen Abrüstung geneigt zeigten, doch zögert Frankreich, mit einem diesfälligen Vorschlag hervorzutreten. Bedeutsam sind aber die friedlichen Erklärungen, die Präsident Carnot, wenn auch nur privatim, abgegeben haben soll.

Im Uebrigen, ihr treichstreuen Wähler: thut am 20. Februar Eure Schuldigkeit!

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 20. Januar.

Berlin. Reichstag. Zweite Berathung der ostafrikanischen Postdampfer-Vorlage. Die Kommission beantragt: die Vorlage mit zwei Zusätzen anzunehmen, wonach die Schiffe auf der Hin- und Rückfahrt einen belgischen oder niederländischen Hafen anlaufen sollen, und wonach, falls Ueberschüsse erzielt werden, den Unternehmern schärfere Bedingungen auferlegt oder die Subvention verkürzt werden soll. Dietz-Hamburg (Soz.): Seine Freunde hätten früher der Subvention zugestimmt in der Hoffnung, den Schiffsbau zu fördern und die Arbeitsgelegenheit zu vermehren. Diese Hoffnung habe sich nur in sehr geringem Maße erfüllt. Hier handle es sich nun um eine Förderung von Kolonien, die nicht die Knochen eines pommerschen Grenadiers werth seien. Dazu komme, daß man auf den Schiffen, namentlich den Wörmann'schen, Neger beschäftige, um einen billigeren Lohn zu zahlen. Wie verhalte sich die Regierung einer solchen Einführung schwarzer und gelber Arbeiter gegenüber? Seine Freunde lehnten die Vorlage ab. Grad (Els.) stimmt für die Vorlage, die dazu beitragen werde, das Absatzgebiet der deutschen Industrie zu erweitern. Das Reich sei, gestützt auf seine Marine, sehr wohl in der Lage, Kolonialpolitik mit Erfolg zu betreiben. Dr. Barth (freis.): Die für die Linie aufzuwendenden Mittel stünden in keinem Verhältniß zu deren Nutzen. Die Vorlage solle nur der Kolonialpolitik in Afrika zu gute kommen, einer Politik, welche den ursprünglichen Rahmen in bedenklichstem Maße überschritten habe und noch viel Geld kosten werde. Durch derartige kleinliche künstliche Mittel hebe man den Handel nicht; sei das Bedürfniß vorhanden, dann würden die Linien ohne Staatsunterstützung entstehen. Wolle man unsere wirthschaftlichen Verhältnisse bessern, so kehre man zum Freihandel zurück. Rintelen (Centr.) erklärt, daß die finanzielle Lage seinen Freunden nicht gestatte, für die Vorlage zu stimmen. Kolonialpolitik könne mit Erfolg nur getrieben werden, wenn man für völlige Freiheit der Missionsthätigkeit sorge. Wörmann (n.-l.): Die Beschäftigung von Indiern und Chinesen auf den Dampfschiffen sei von den Inländern bereits eingeführt. Sie sei ein Akt der Menschlichkeit, denn die weißen Arbeiter könnten die Arbeit im Innern der Schiffe in den tropischen Gegenden nicht aushalten. Daraus erkläre sich auch die Zahl der Selbstmorde. Staatssekretär v. Bötticher: Ermittelungen über die Selbstmorde der Kohlenzieher, welche die Regierung veranlaßte, ergaben nur einen Fall, in dem schlechte Behandlung Ursache des Selbstmordes war. Die Beschäftigung der Leute sei keine leichte, aber auch keine übermäßig schwere. Das Personal, aus dem diese Leute genommen würden, sei häufig recht heruntergekommen. Es werde erwogen, derartige Personen einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen, bevor sie solche Stellungen übernähmen. Auf den subventionirten Linien seien solche Selbstmorde nicht vorgekommen. Aus den von Wörmann angeführten Gründen wäre es bedenklich, Kulis und Neger vom Schiffsdienste auszuschließen. Kulis und Neger seien ja auch ganz ordentliche Leute. (Heiterkeit.) Abg. Lohren (Reichsp.) wünscht eine Verlängerung der Linie möglichst bis Port Elizabeth, da die deutschen Handelsinteressen in Südafrika und am Kap sehr wichtig seien. Duvigneau (n.-l.) befürwortet im Interesse Süddeutschlands, daß die Schiffe einen belgischen oder holländischen Hafen anlaufen. Graf Hoensbroech (Centr.) wird für die Vorlage stimmen. Die Sicherung der Missionen durch Gesetz sei sehr nöthig, denn sie bereiteten die Kolonisation wirksam vor. Andererseits werde aber auch für die Missionen das Terrain durch die Dampfervorlage vorbereitet. Das erste Schiff werde nach Ablauf von anderthalb Jahren nicht von Stapel laufen. Es empfehle sich daher sofortige Bewilligung. Die Vorlage wird nach den Anträgen der Kommission angenommen. — Die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung der „Düsseldorfer Arbeiterzeitung" wegen Beleidigung des Reichstages wird nicht ertheilt. — Der Antrag auf Einführung des Befähigungsnachweises wird in namentlicher Abstimmung mit 130 gegen 92 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen Nationalliberale, Freisinnige, Sozialdemokraten und einzelne Mitglieder der Reichspartei. — Der Antrag Richter, die Regierung zu ersuchen, in der nächsten Session den Gesetzentwurf, betreffend die Verwaltung der Reichs-Einnahmen und Ausgaben, sowie einen Gesetzentwurf betr. die Einrichtungen und Befugnisse des Rechnungshofes, vorzulegen, wird nach längerer Debatte angenommen. — Das Mandat des Abg. Dr. Meyer-Jena wird als durch dessen Ernennung zum ordentlichen Professor in Heidelberg für erloschen erklärt. — Eingegangen ist der Nachtragsetat betr. baulliche Veränderungen im Auswärtigen Amte. Auf Anfrage Windthorst's bemerkt der Präsident, daß er keinen Grund habe, anzunehmen, es werde das Sozialistengesetz nicht mehr zur zweiten Berathung kommen. — Morgen 2 Uhr: 3. Berathung der Postdampfervorlage und des Etats. Antrag betr. die Beamtengehalte. Nachtragsetat.

Berlin. Da die Beerdigung des Herzogs von Aosta einen Privatcharakter tragen soll, gab der Kaiser seine Absicht, der Beerdigung persönlich beizuwohnen, auf. Dagegen begiebt sich eine Deputation des Husaren-Regimentes Nr. 17, dessen Chef der Verstorbene war, nach Turin. — Die bisherigen Mittheilungen über den Inhalt des Testamentes der Kaiserin Augusta werden offiziös dementirt. Die hohen Erben befinden sich selbst erst seit dem 18. d. M. im Besitz der Abschrift des Testamentes. Was daraus für die Oeffentlichkeit bestimmt ist, bleibt amtlicher Veröffentlichung vorbehalten. — Dem Reichstage ist eine zweite Ausgabe des Weißbuches über das Schweineeinfuhrverbot zugegangen. — Auf Veranlassung des Reichskanzlers ist bestimmt worden, daß das Sozialistengesetz noch in dieser Session zur Durchberathung gelangt. Als Beilage zum Reichsanzeiger ist heute die Denkschrift über die Untersuchung der Arbeiter- und Betriebsverhältnisse in den Steinkohlenbezirken zugegangen, welche im Auftrage der Minister für öffentliche Arbeiten und des Innern bearbeitet ist. Die Denkschrift umfaßt 114 Quartseiten. — Der Abg. Frhr. v. Franckenstein empfing gestern die Sterbesakramente. Der Papst sandte demselben seinen Segen mit der Versicherung, für seine Wiederherstellung beten zu wollen.

Berlin. Der „Börsen-Courier" meldet: Gestern Abend 7 Uhr ist der regierende Fürst v. Schwarzburg-Rudolstadt am Schlagfluß infolge von Influenza gestorben.

Köln. Die Delegirten sämmtlicher Bergarbeiter Deutschlands halten demnächst in Essen eine Versammlung ab, in welcher u. A. die Vorbereitungen für den internationalen Kongreß getroffen werden sollen. Die gestern in Bochum abgehaltene Bergarbeiterversammlung beschloß, nicht mehr auf die Aufstellung eines besonderen Bergmanns-Kandidaten für den Reichstag zu verzichten, sondern auch die Kandidatur des sozialdemokratischen Kandidaten Lehmann zu unterstützen.

Kiel. Vicеadmiral Knorr vollzog heute die Taufe des neuen Avisos, der den Namen „Meteor" erhielt. Die Armirung des Schiffes besteht aus 4 Schnellfeuerkanonen und einer Anzahl Hotchkiß- und Revolver-Kanonen. Die Geschwindigkeit beträgt 23 bis 24 Knoten.

München. Der Komponist und pensionirte Generalmusikdirektor Franz Lachner ist heute Nachmittag gestorben.

Brüssel. Aus Charleroi wird gemeldet, daß allerorten in Versammlungen der allgemeine Ausstand beschlossen worden ist. Die Aufregung wächst. Die Techniker wurden insultirt, ein Direktor gemißhandelt. In Gilly wurde auf die Arbeiter, die einfahren wollten, geschossen.

Berliner Börse. Die Kurse setzten heute zu Beginn prozentweise niedriger ein und gingen später weiter zurück. Namentlich waren alle Bergwerke zu weichenden Kursen stark angeboten. Außer Montanwerthen waren besonders Banken schwach, Eisenbahnen ebenfalls schwach, nur Warschau-Wiener fest. Fremde Renten erlitten nur mäßige Abschwächungen. Schluß leicht befestigt. Im Kassaverkehr Banken schwach, deutsche Bahnen behauptet, österreichische matt, Bergwerke stark weichend. So notirten Gelsenkirchen und Hibernia je 18 Proz. niedriger. Auch andere Industriepapiere stark angeboten und prozentweise niedriger. Deutsche Fonds fest, österreichische Prioritäten still und schwächer. Privatdiskont 3⅛ Prozent. Nachbörse fester. — **Wetter:** Starke Regenfälle, anhaltend gelinde Temperatur, Nordwestwind.

Frankfurt a. M. (Abendbl.) Credit 276,75. Staatsb. 199,25. Lomb. 117,25. Galizier —,—. Egypter —,—. Unger. Gold. 87,90. Diskonto 244,30. Dresdn. Bk. 181,80. Laura —,—. Gelsenkirchen —,—. Befestigt.

Wien (Abendbl.) Credit 322,15. Staatsbahn 229,00. Lombarden 136,00. Nordwest 194,75. Marknoten 57,77,5. Ung. Credit 345,50. Fest.

Paris. (Schluß.) Rente 87,62. Anleihe 106,75. Italiener 93,50. Staatsbahn 497,50. Lombarden 306,25. ob. Prioritäten —. Spanier 72¼. Egypter 479,31. Ottomanen 537,50. Escompte 615,00. Ruhig.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per April 23,90, per Mai-August 24,40 fest. Spiritus per April 35,00, per Mai-August 38,50, fest. Rüböl per April 77,00, per Mai-August 78,00, ruhig.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März 204, per Mai 207, steigend. Roggen per März 119, per Mai 122, behauptet.

London (Produkten-Bericht). Feiner englischer Weizen Preisbreis, fremder stetiger, jedoch ruhig. Mehl gefragt. Hafer anziehend, Mais schwach, billiger. Bohnen und Erbsen träge. — Wetter: Kälter.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König kam gestern Vormittag nach dem Residenzschloß, nahm daselbst die üblichen Vorträge der Herren Staatsminister und Abtheilungsvorstände sowie des Herrn Geheimrath Bär entgegen und ertheilte darauf einige Audienzen.

— Die schon seit einigen Wochen andauernde Krankheit Ihrer Majestät der Königin erweckt in allen Kreisen der Residenz und im ganzen Sachsenlande die wärmste Theilnahme. Das Unwohlsein nimmt, neuester Meldung nach, fortgesetzt einen befriedigenden Verlauf. Der Schlaf ist ziemlich gut, das Fieber gewichen und die katarrhalischen Erscheinungen im Abnehmen, nur fühlt sich Ihre Majestät noch sehr angegriffen und hat das Bett noch nicht verlassen. Auch diesmal ist die Ursache für die Krankheit der hohen Frau auf die selbstlose Uebung im Samariterdienste zurückzuführen. Der Besuch einer Anzahl Wohlthätigkeitsbazare, sowie die Anwesenheit bei einer Menge von Weihnachtsbescherungen, selbst außerhalb Dresdens (Leubnitz, Leutewitz), dazu die laufende Beschäftigung bei der Direktion des Albertvereins und des Carolahauses dürften wohl, zumal bei den Witterungsverhältnissen dieses Winters, ein: „Zuviel!" für den Gesundheitszustand Ihrer Majestät zu nennen sein. Als wenig Tage vor Weihnachten die hohe Frau zu früher

Kunstgewerblichen Zimmerschmuck
E. Kreinsen, Amalienstrasse, Ecke Serrestrasse.
kauft man vorteilhaft bei